

„Emissionshandel muss Zähne bekommen“

Im PNP-Interview warnt Prof. Ottmar Edenhofer, der Chefökonom des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung, die Kanzlerin beim Klimaschutz das Rad zurückzudrehen.

Zwei Wochen lang Weltklimakonferenz in Posen, doch ein Durchbruch wird nicht erwartet. Geraten die Verhandlungen über ein Kyoto-Nachfolgeabkommen ins Stocken?

Edenhofer: Von Posen darf man nicht zu viel erwarten. Hier geht es um die Vorbereitung der Weltklimakonferenz in Kopenhagen Ende 2009. Dort muss der wirklich große Schritt gemacht werden.

Droht der Klimaschutz zu scheitern, weil in der Krise Belastungen für Unternehmen nicht durchsetzbar sind?

Edenhofer: Die Gefahr besteht. Viele Hobby-Wirtschaftspolitiker wollen der Wirtschaft in der Krise keine Klimaaufgaben zumuten. Das ist aber absurd. Auf die Konjunktur hätte es kaum Auswirkungen, wenn wir

den Unternehmen die Kosten des Klimaschutzes erlassen – für unseren Planeten jedoch langfristig eine fatale. Nur weil das Casino auf der Titanic geschlossen wurde, können wir doch nicht verdrängen, dass unser Schiff auf einen Eisberg zusteuert!

Ist der Klimaschutz eine größere Herausforderung als die Finanzkrise?

Edenhofer: Ja. Der Klimaschutz ist eindeutig die größere Herausforderung, eine Jahrhundertaufgabe. Auf lange Sicht wird er die Kosten der Finanzkrise bei weitem übersteigen. Es geht um Billionen Euro. Um die Erderwärmung in den Griff zu bekommen, sind dauerhaft ein bis zwei Prozent des weltweiten Sozialprodukts erforderlich. Das klingt dramatischer als es ist: In Deutschland entspräche das einer Mehrwertsteuererhöhung um bis zu zwei Prozentpunkte. Genau das hatten wir gerade erst, und es hat der Wirtschaft kaum geschadet. Die Krux ist nur, dass der Klimaschutz, anders als die Finanzkrise, ein langfristiges Problem ist, das sich nur langsam verschärft. Da ist es für Politiker schwer, die notwendigen Einschnitte zu rechtfertigen.



„Für die Industrie ist es doch nie der richtige Zeitpunkt, Klimaschutz zu betreiben“, meint Prof. Ottmar Edenhofer, Mitglied im Weltklimarat. – F.: dpa

Welche Signale müssen jetzt vom EU-Gipfel ausgehen?

Edenhofer: Das wichtigste Leuchtturmprojekt Europas ist der Emissionshandel. Er muss endlich funktionstüchtig gemacht werden. Mittelfristig müssen alle Wirtschaftssektoren einbezogen und die Emissionsrechte dürfen nicht länger kostenlos verteilt, sondern versteigert werden. Dieses Signal muss aus Brüssel kommen. Entscheidend ist zudem, den europäischen Emissionshandel mit dem gerade entstehenden in den USA zu verknüpfen. In den nächsten fünf Jahren muss ein transatlan-

tischer Kohlenstoffmarkt entstehen. Das ist eine der wichtigsten Maßnahmen gegen die Erderwärmung.

Die Kanzlerin will Emissionsrechte lieber kostenlos verteilen als versteigern...

Edenhofer: Es gibt die Tendenz in der Bundesregierung, das Rad beim Klimaschutz zurückzudrehen. Unzählige Lobbygruppen arbeiten darauf hin, den Emissionshandel aufzuhalten. Es wäre falsch, dem nachzugeben. Für die Industrie ist es doch nie der richtige Zeitpunkt, Klimaschutz zu betreiben: Im Abschwung sagt man, Belastungen müssten vermieden werden. Im Aufschwung heißt es, die Konjunktur dürfe nicht abgewürgt werden.

Müssen wir wegen der Wirtschaftskrise keine Abstriche beim Klimaschutz machen?

Edenhofer: Ich sehe keinen Grund dafür. Es darf keinen Zweifel geben, dass der Emissionshandel Zähne bekommt und der CO₂-Ausstoß schon bis 2020 spürbar gesenkt wird. Denkbar wären allenfalls Ausnahmen für einzelne Branchen, die besonders hart von der Krise betroffen sind, etwa die Stahl- oder die Aluminiumindustrie.

Gespräch: Martin Rüdiger